



Rechtsausschuss

60. Sitzung (öffentlich)

29. Juni 2016

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 16:05 Uhr

Vorsitz: Dr. Ingo Wolf (FDP) (Vorsitzender)

Hartmut Ganzke (SPD) (Stellv. Vorsitzender)

Protokoll: Stefan Ernst

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

kommt der Ausschuss überein, als Tagesordnungspunkt 1 einen Bericht der Landesregierung zum Todesfall in Duisburg einzufügen, den bisherigen Tagesordnungspunkt 9 „Dritter Todesfall binnen zwei Monaten in der JVA Wuppertal-Ronsdorf“ als Tagesordnungspunkt 2 vorzuziehen sowie den bisherigen Tagesordnungspunkt 6 „Aktivitäten der LIES! GmbH und verbundener Organisationen unverzüglich unterbinden“ als Tagesordnungspunkt 3 vorzuziehen und die übrigen Tagesordnungspunkte danach zu beraten.

1 Todesfall in der JVA Duisburg-Hamborn

Bericht der Landesregierung

- 2** **Dritter Todesfall binnen zwei Monaten in der JVA Wuppertal-Ronsdorf**
(TOP beantragt von der CDU-Fraktion, siehe Anlage) **15**

Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/4051

- 3** **Aktivitäten der LIES! GmbH und verbundener Organisationen**
unverzüglich unterbinden **19**

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/11903

Der Ausschuss kommt ohne Aussprache überein, diesen
Tagesordnungspunkt ohne Votum zu schieben.

- 4** **Organstreitverfahren der PIRATEN-Fraktion im Landtag Nordrhein-**
Westfalen gegen 1. den Landtag Nordrhein-Westfalen 2. die
Präsidentin des Landtags Nordrhein-Westfalen wegen unterbliebener
Wahl eines Mitglieds der Antragstellerin zum vierten Vizepräsidenten
des Landtags **20**

VerfGH 6/16
Vorlage 16/3977

Der Ausschuss kommt einvernehmlich überein, aufgrund
eigener Betroffenheit des Landtags eine Stellungnahme
abzugeben.

- 5** **Gesetz über die Feststellung eines Zweiten Nachtrags zum**
Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr
2016 (Zweites Nachtragshaushaltsgesetz 2016) **21**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/12117

Vorlage 16/4049

In Verbindung mit:

Gemeinsinn stärken – entschlossen gegen Radikalisierung. Konzept
zur Förderung der Integration der ausländischen Inhaftierten und zur
Verbesserung der Sicherheit im Justizvollzug NRW (TOP beantragt von
der Landesregierung, siehe Anlage)

Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/4050
Vorlage 16/4086

Der Ausschuss kommt überein, den Tagesordnungspunkt „Gemeinsinn stärken – entschlossen gegen Radikalisierung. Konzept zur Förderung der Integration der ausländischen Inhaftierten und zur Verbesserung der Sicherheit im Justizvollzug NRW“ mit in seine Beratungen zu TOP 5 einzubeziehen.

Der Ausschuss stimmt dem Nachtragshaushalt Drucksache 16/12117 mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU bei Enthaltung von FDP und PIRATEN zu.

6 Gesetz zur Förderung der elektronischen Verwaltung in Nordrhein-Westfalen

28

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/10379

Änderungsantrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion der GRÜNEN

(Tischvorlage, siehe Anlage)

Der Ausschuss stimmt dem Änderungsantrag *(Tischvorlage, siehe Anlage)* mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU und PIRATEN bei Enthaltung der FDP zu.

Sodann nimmt der Ausschuss den Gesetzentwurf Drucksache 16/10379 in der soeben geänderten Fassung mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU und PIRATEN bei Enthaltung der FDP an.

7 Gesetz zur Änderung des Verwaltungsvollstreckungsgesetzes NRW und zur Änderung des Landeszustellungsgesetzes

29

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/11845

Der Ausschuss stimmt dem Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 16/11845 mit den Stimmen von SPD, CDU und GRÜNEN gegen die Stimmen der FDP bei Enthaltung der PIRATEN zu.

8 Zweites Gesetz zur Änderung des Gesetzes über Hilfen und Schutzmaßnahmen bei psychischen Krankheiten 31

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/12068

Der Ausschuss kommt ohne Aussprache überein, sich an der Anhörung im federführenden Ausschuss fakultativ zu beteiligen.

9 Rechtliche Hürden für polizeiliche Videobeobachtung senken – mehr Sicherheit ermöglichen! 32

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/12121

Der Ausschuss kommt überein, sich an einer noch zu beschließenden Anhörung des federführenden Innenausschusses nachrichtlich zu beteiligen.

10 Sachbehandlung der Staatsanwaltschaft Münster im Hinblick auf Anklageerhebung wegen des Tötens männlicher Eintagsküken in der Massentierzucht (TOP beantragt von der FDP-Fraktion, siehe Anlage) 33

Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/4052

11 Projekt zur Strafverfolgung erwachsener Intensivtäter in Duisburg (TOP beantragt von der FDP-Fraktion, siehe Anlage) 41

Bericht der Landesregierung

Vorlage 16/4053

Vorlage 16/4212

- 12 Sachstand der Einführung des elektronischen Rechtsverkehrs (ERV) in der Justiz in Nordrhein-Westfalen** (TOP beantragt von der FDP-Fraktion, siehe Anlage) **42**

Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/4054

- 13 Offene Fragen zur PEBB§Y-Fortschreibung 2014** (TOP beantragt von der FDP-Fraktion, siehe Anlage) **44**

Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/4055

Eine Aussprache findet nicht statt.

- 14 Neubau des Amtsgerichts Gummersbach ohne den BLB – ist der Landesbetrieb nicht zu marktüblicher Preisgestaltung in der Lage?** (TOP beantragt von der FDP-Fraktion, siehe Anlage) **45**

Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/4056

Eine Aussprache findet nicht statt.

- 15 Verschiedenes** **46**

a) Sitzungstermine 2017

b) Bericht der Landesregierung über beim Bundesverfassungsgericht anhängige Verfahren, Vorlage 16/4029

Der Ausschuss kommt überein, die Zuständigkeit des Rechtsausschusses zur Kenntnis zu nehmen.

c) Entwurf eines Gesetzes zur Ausführung des Gesetzes über die psychosoziale Prozessbegleitung

Der Ausschuss kommt überein, eine Sachverständigenanhörung am 7. September 2016 zwischen 16 Uhr und 17:30 Uhr nach einer maximal zweistündigen regulären Sitzung des Rechtsausschusses durchzuführen und jeder Fraktion das Recht zu geben, einen Sachverständigen zu benennen.

d) Pressemitteilung der CDU-Fraktion aus der laufenden Sitzung

e) Hinweis auf die nächste Ausschusssitzung am 7. September 2016

* * *

8 Zweites Gesetz zur Änderung des Gesetzes über Hilfen und Schutzmaßnahmen bei psychischen Krankheiten

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/12068

Der Ausschuss kommt ohne Aussprache überein, sich an der Anhörung im federführenden Ausschuss fakultativ zu beteiligen.

